

Bonn, 02.12.1982

Herrn Bundesminister und Generalsekretär
Dr. Heiner Geissler

Lage in Guatemala

- a) Mit Vermerk vom 3. November d. J. hatte ich Ihnen eine kurze Aufzeichnung von Frau Baier vorgelegt, in dem diese über ein vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden arrangiertes Gespräch mit Vertretern des Komitees "Pro Justicia y Paz" berichtete. Die Vertreter dieses Komitees hatten eingehend Greueltaten der Regierungstruppen an der einheimischen Bevölkerung geschildert. Herr Hans-Otto Hahn von der Aktion "Brot für die Welt" hatte Sie zuvor mit einem Telex gebeten, Schritte zu unternehmen, um ein Massaker an 5000 ~~indianischen~~ ^{indianischen} ~~Spanier~~ ~~Spanien~~ zu verhindern, das nach Angaben des gleichen Komitees Anfang Oktober in einem Departement von Guatemala drohte.
- b) Das Auswärtige Amt hat auf meine Bitten zu diesen Vorgängen nach eingehender Prüfung des Sachverhaltes durch die Botschaft an Guatemala-Stadt und Auswertung aller verfügbaren Informationen ein völlig anderes Bild der Lage gegeben. Hiernach hätten sich etwa 7000 Indianer unter Aufgabe ihrer Wohnsitze der Guerrilla angeschlossen, weil sie deren Behauptung glaubten schenken, ein Sieg der Guerrilla stehe unmittelbar bevor. Als die Versorgung dieser zwischenzeitlich auf 10.000 angestiegenen Indios nicht mehr zu bewerkstelligen war, hat die Guerrilla mit Gewalt die Indios an der Rückkehr in ihre Heimatdörfer gehindert.

Das entsprechende Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 24. November mit weiteren Einzelheiten füge ich bei. Damit hat sich der Eindruck meiner Mitarbeiterin nach dem Gespräch mit den Vertretern des o.a. Komitees bestätigt, die davor warnte, deren Aussagen ungeprüft zu übernehmen.

6a/12

(Dr. Peter Hartmann)

Dr Ray ✓

zdl A

Herrn

Karl Franz Lamers, MdB
CDU/CSU-Fraktion

Bonn, 05.11.1982

Bundeshäss

Lieber Herr Lamers,

mir liegt Ihre Antwort an die Christliche Initiative El Salvador vom 18. Oktober d. J. wie auch Ihr Beitrag im DUD vom 3. November d. J. vor. Zu beiden möchte ich mir einige Bemerkungen erlauben, da ich den Eindruck habe, daß unser Informationsstand, aber auch die Beurteilung der Lage in El Salvador und Nicaragua nicht ganz deckungsgleich sind:

- a) Die Aussagen der Vertreter des Komitees "Pro Justicia y Paz" sollten nicht ungeprüft übernommen werden. Ich verweise hierzu auf einen Vermerk von Frau Baier, die an einem vom Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden organisierten Gespräch mit Vertretern dieses Komitees teilgenommen hat. Bspw. erscheint mir die Begründung für die Unterstützung von Rios Montt durch Reagan an den Haaren herbeigezogen. Auch die Beurteilung der Haltung des Roten Kreuzes gegenüber den Repressionen in Guatemala erscheint zweifelhaft. Völlig abwegig sind die von den Vertretern dieses Komitees erhobenen Vorwürfe gegen die Christdemokraten. Tatsache ist, daß die PDC zunächst den Staatsstreich von Rios Montt begrüßt hat, seiner Politik heute aber sehr kritisch gegenübersteht. Nicht die christdemokra-

tische Partei, sondern nur die sozialdemokratisch orientierte FUR-Partei ist Mitglied des Staatsrats. Die Christdemokraten, die einzige Partei mit einer nationalen Struktur und breiten Basis, gehören vielmehr einer Vielparteienfront an, die von Rios Montt die Einhaltung seines Versprechens verlangt, zu einem verfassungskonformen System zu finden. Der Generalsekretär dieser Partei, mein Freund Vinicio Cerezo, steht Rios Montt durchweg ablehnend gegenüber. Von einer Kollaboration mit dem Militärregime kann daher nicht die Rede sein. Diese Behauptungen des Komitees verraten zumindest Unwissenheit, wenn nicht sogar Unwahrhaftigkeit. (So wird Sie im übrigen interessieren, daß daß ein Mitarbeiter des Arbeitskreises Entwicklung und Frieden während des o.a. Gespräches behauptete, Sie hätten am Vormittag in seiner Gegenwart erklärt, in Guatemala gäbe es überhaupt keine Christdemokraten.) Auch gegenüber der Darstellung der Vertreter des Komitees über das drohende Massaker ist Skepsis angebracht. Ich verweise hierzu auf die Äußerungen des französischen Außenministers Cheysson, entsprechend der beigefügten Meldung aus Le Monde vom 5. November d. J. - sicher kein Mann, der Sympathien für das Regime in Guatemala verdächtig ist. Auch der Versuch, die Guerrilla von jeglicher Beteiligung an Greueltaten freizuspächen, sollte nicht ungeprüft hingenommen werden. Ich habe den Besuch dieses Komitees zum Anlaß genommen, das Auswärtige Amt um einen vertraulichen und detaillierten Bericht über die Vorgänge in Guatemala zu bitten, um diese Anschuldigungen anhand objektiver Fakten überprüfen zu können. Ich wünsche Ihnen gern diesen Bericht zugänglich machen, sobald er mir vorliegt.

- b) In Ihrer Antwort an die Christliche Initiative El Salvador e. V. vermisste ich offengestanden eine deutlichere Kritik an deren Darstellung der Lage in Nicaragua. Vor allem hätte man den Herren Dirks, Käsemann und

Metz den Hinweis auf die forcierte Militarisierung dieses Landes nicht ersparen sollen. Die Junta hat heute 40.000 Soldaten in den regulären Streitkräften, hinzu kommen mehr als 100.000 Milizen. Die Aufrüstung von Nicaragua ist keineswegs, wie von der Initiative unterstellt wird, die Antwort auf Bedrohungen von außen. Sie ist bald nach der Revolution zielstrebig vorangetrieben worden, und hat für denjenigen, der Sinn für militärische Proportionen hat, einen eindeutig aggressiven Charakter. Mir liegen hierzu detaillierte Angaben vor, die ich auf diesem Wege nicht weitergeben möchte. Sie reichen aber aus, um nach meiner Einschätzung darzutun, daß Nicaragua ~~heute~~ heute eine Bedrohung der gesamten Region darstellt, abgesehen davon, daß man auch nicht außer Acht lassen sollte, daß dieses Land die Drehscheibe für den Nachschub des Untergrundkrieges in El Salvador und neuerdings auch Costa Rica bildet. Demgegenüber ist die Darstellung dieses Theologentrios eine Schönfärberei ohnegleichen, auch wenn das Understatement nicht fehlt, für die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Teilen der katholischen Kirche und dem Staat seien beiden Seiten schwere Fehler anzulasten.

- c) Auch die Darlegung der Lage in El Salvador durch die "Christliche Initiative" ist schief und eindeutig gefärbt. Kein Wort über die Wahlen, kein Wort über die Rolle der christdemokratischen Partei, die ja in der Tat den mutigen und schwierigen Weg zwischen der Repression von rechts und ~~der~~ Aggression von links gegangen ist, und bis heute geht. Die Aussage, in El Salvador werde versucht, mit militärischen Mitteln soziale Konflikte zu lösen, zeigt deutlich, wie hier ein komplexer Vorgang auf Formeln gebracht wird, die dann zu ebenso simplen Schlußfolgerungen Anlaß geben, wie der, daß die Entsendung eines deutschen Botschafters eine Stärkung der Befürworter dieser militärischen Lösung nach

nach sich ziehen würde. Ob die Wiederentsendung eines deutschen Botschafters, wie Sie schreiben, Verhandlungen zwischen der Regierung und der DDR fördern kann, vermag ich nicht zu beurteilen, wichtig scheint mir nur, daß wir durch einen solchen Schritt die Möglichkeit haben, auf den weiteren innenpolitischen Prozess Einfluß zu nehmen. Hierbei wäre auch das Instrument der Entwicklungshilfe einzusetzen - wobei selbstverständlich die Respektierung der Menschenrechte eine entscheidende Bedingung sein muß. In diesem Punkte stimme ich mit den drei Vertretern der Initiative überein.

Ich habe mir erlaubt, MdB Schäuble, der Ihnen Brief an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versandt hat, Durchdruck dieses Schreibens zu schicken.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Peter Hartmann)

Dr. Henning
Dr. May
Schäuble

& einige Kollegen

Ihr weißt nicht, inwiefern
dodB (americas) über die Lage in Guatemala
informiert ist. Es soll zum 8. gegen
die Soldaten des AL (Entwicklungs-
u. Frieden (die das Truppen mit politischen
Part organisiert haben) erheblich
sein, in Guatemala gibt es
keine CD - Partei.

zuris 3/11

Deutschland Union **DD** Dienst

Z 21887 B

Nr. 211, 36. Jahrgang

Bonn, den 3. November 1982



Eine Gruppe des ökumenischen Komitees „Pro Justicia y Paz“ berichtete jetzt in Bonn über die Steigerung der unvorstellbaren Brutalität in diesem Land Mittelamerikas. Willkürliche Morde an Zivilisten durch die Regierungstruppen sind nach diesem Bericht an der Tagesordnung.

Es kann keine vernünftig begründeten Zweifel an der Verantwortlichkeit der Regierung Rios Montt für diese Verbrechen geben, die sich vor allem gegen Indianer richten und den Charakter eines Völkermordes anzunehmen drohen.

Die Bundesregierung ist angesichts dieser Lage aufgefordert, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um die westlichen Staaten dazu zu bewegen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Die Überlebensfähigkeit des guatamaltekischen Regimes hängt in allem, insbesondere aber bei den Waffenimporten, vom Verhalten der westlichen Staaten ab. Eine Steigerung der militärischen Unterstützung, wie sie nach einer Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Oktober 1982 auch die Vereinigten Staaten mit der Wiederaufnahme der Militärhilfe zu beabsichtigen scheinen, wäre – im Wortsinne – verhängnisvoll, nicht zuletzt auch wegen der Auswirkungen in der deutschen Öffentlichkeit. Sie würde zudem allen politischen Initiativen zur Befriedung Mittelamerikas und vor allem der „Caribbean Basin Initiative“ Präsident Reagans zuwiderlaufen.

Karl Lamers, MdB



Seite 2 – Alfons Müller, MdB:
Der DGB gehört nicht der SPD

Seite 3 – Benno Erhard, MdB:
Berlin: Räumung der besetzten Häuser ist gerechtfertigt

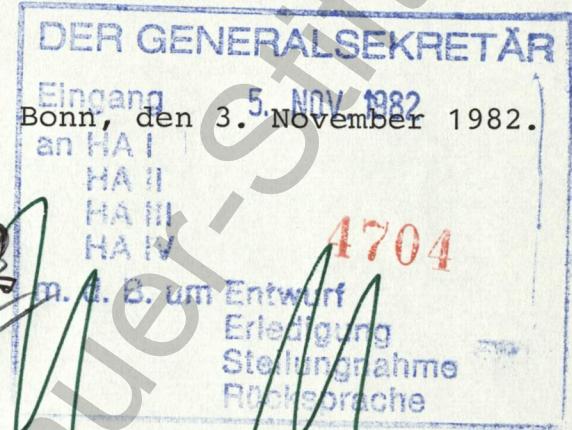
Seite 4 – Dr. Christian Schwarz-Schilling, MdB:
Glotz' Scharlatanerie mit neuen Medien

5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 5 44-1, Fernschreiber 08 86 804

DER LEITER DES BÜROS FÜR AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

Vermerk
- - - - -

WICHTIG
für: Herrn Dr. Geißler. S. 2



Betr.: Anliegendes Telegramm von Herrn Hans-Otto Hahn.

1. Das anliegende Telegramm ist am 29.10.1982 hier bei mir mit Ihrem handschriftlichen Vermerk "Telegramm" eingegangen. Ich konnte über Ihr Büro nicht in Erfahrung bringen, welches der genaue Inhalt der Weisung war. Daher habe ich zunächst über das Auswärtige Amt die Botschaft Guatamala um Stellungnahme zu dem Vorfall gebeten, zumal die in dem Telex genannte Frist - 20.10.1982 - ohnehin abgelaufen war. Eine Antwort liegt mir noch nicht vor.
2. Meine Mitarbeiterin hatte auf Einladung des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden am 28.10.1982 an einem Gespräch mit Vertretern des in dem Telex genannten 'Comité Pro Justicia y Paz' teilgenommen. Ihre Eindrücke sind in dem beigefügten Vermerk niedergelegt. Ich schliesse mich ihrem Votum an, daß die Aussagen der Vertreter dieses 'Comité' nicht ungeprüft übernommen werden können. Auch die Kritik an unseren christdemokratischen Freunden ist unberechtigt. Ich habe diese Veranstaltung zum Anlaß genommen, das Auswärtige Amt generell um einen Bericht über die Repression in Guatemala zu bitten. Ich werde Sie über den Stand der Angelegenheit auf dem laufenden halten.

3. In diesem Zusammenhang erscheint mir folgender Punkt grundsätzlich klärungsbedürftig: M.E. können Sie als Mitglied der Bundesregierung künftig gegenüber ausländischen Regierungen nur in Abstimmung mit dem Bundesminister des Auswärtigen intervenieren, da es schwierig ist, im Außenverhältnis Ihre Stellung als Generalsekretär der CDU von Ihrer Position als Bundesminister zu trennen. Um Komplikationen zu vermeiden, könnte man künftig so verfahren, daß ich in Ihrem Namen entsprechende Demarchen etc. unternehme, womit klargestellt würde, daß es sich um ein Tätigwerden der Partei handelt.

✓
Hartmann
(Dr. Peter Hartmann)

21. BfK
diese Seite
h. Rendtorff ✓ 15/11

31. 11. 1961. 24

Anlagen

5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 5 44-1, Fernschreiber 08 86 804

BÜRO FÜR AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

Herrn Dr. Geissler
über Herrn Dr. Hartmann

Bonn, 02.11.1982

Informationen des Komitees Justicia y Paz de Guatemala
über die Situation in diesem Land

-
- / In der Anlage erhalten Sie den Vermerk über ein Informationsgespräch mit Vertretern des guatemaltekischen Komitees Pro Justicia y Paz. Unseres Erachtens sollten die Angaben von Justicia y Paz nicht ungeprüft übernommen und zur Grundlage von Aktionen der Partei oder des Generalsekretärs gemacht werden.

Wir haben das Auswärtige Amt um eine Stellungnahme der Botschaft Guatemala gebeten und schlagen vor, ein Tätigwerden in der Sache Guatemala von weiteren und möglichst objektiven Informationsquellen abhängig zu machen.

Anfried Baier
(Anfried Baier)

5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 5 44-1, Fernschreiber 08 86 804

BÜRO FÜR AUSWÄRTIGE BEZIEHUNGEN

Bonn, 02.11.1982

Informationsgespräch mit Vertretern des Komitees "Pro Justicia y Paz", Guatemala, am 28.10.1982 auf Einladung des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden in Bonn

Auf Anregung des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden kam das o. g. Gespräch zustande mit fünf Mitgliedern von Pro Justicia y Paz (ein katholischer Priester, zwei Katechetinnen, die sich zur Zeit im Rahmen einer Informationskampagne über die Situation in Guatemala in Europa aufhalten, sowie zwei Personen, die ständig in Europa leben). Ziel der Gruppe ist es nach eigenen Worten, den Fall Guatemala vor die UNO zu bringen, dort eine internationale Verurteilung des Landes zu erreichen, und die "drohende militärische Intervention der USA" zu verhindern.

Zunächst gab eine Katechetin in Indiotracht einen über einstündigen Bericht über Greueltaten der Regierungstruppen an der einheimischen Bevölkerung. Ihre Schilderungen wirkten sehr stark emotionalisierend auf die Teilnehmer. Durch die allgemeine Betroffenheit kam die anschließende Diskussion auch nur sehr schleppend in Gang.

Die eigentliche Aussage der Katechetin läßt sich wie folgt zusammenfassen: "Die Regierung nennt die Indios (65% der Bevölkerung) subversiv, weil sie sich gegen die Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Ausbeutung wehren, und antwortet mit Massakern und Greueltaten. Dabei wissen wir Indios garnicht, was subversiv ist." Die Bevölkerung werde nach Massakern regelmäßig aufgefordert, die Guerrilla dieser Aktionen zu bezichtigen, "obwohl wir wissen, daß es sich um verkleidete Regierungssoldaten handelt".

Auf entsprechende Fragen hin gaben die fünf Vertreter von Justicia y Paz folgende Erklärungen:

Die Guerrilla sei Teil des Volkes. Rios Montt versuche, mit Hilfe des Heeres die revolutionäre Bewegung vom Volk zu trennen. Unterstützt werde er dabei von der Reagan-Regierung. Als Begründung gab man an, die Sekte Verbos, als deren Mitglied Rios Montt auch predigt, sei in Kalifornien gegründet; Reagan würden Kontakte zu dieser Sekte nachgesagt; die amerikanische finanzielle Unterstützung für Rios Montt laufe über diese Sekte.

Da mir ein Schreiben des Botschafters von Guatemala vorlag, wonach das Rote Kreuz bestätigt habe, die Landbevölkerung Guatemalas sei von Terroristen und Guerrillas ständigen Repressionen und Folterungen ausgesetzt, bat ich um eine Stellungnahme. Man antwortete, das Rote Kreuz sei in Guatemala eine "staatliche Einrichtung" und kollaboriere mit Rios Montt.

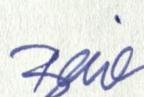
Meine Frage nach Kontakten von Justicia y Paz zu unserer guatemaltekischen christlich demokratischen Partnerpartei wurde wie folgt beschieden:

Die Christdemokraten Guatemalas seien ursprünglich eine fortschrittliche Partei gewesen. Inzwischen habe sie die Unterstützung der Landbevölkerung verloren. Sie biete kein adäquates Programm zur Lösung der strukturellen Ungleichheit im Lande. Darüberhinaus kooperiere sie und ihr Vorsitzender Cerezo mit Rios Montt, unterstütze das Militär und beteilige sich auch an dem seit dem 14. September bestehenden Staatsrat, einem von Rios Montt eingesetzten pseudodemokratischen Gremium.

Unserem Büro ist bekannt, daß diese Angaben über die Christdemokraten und ihren Vorsitzenden Cerezo nicht zu treffen. Wir sollten daher m. E. auch die anderen Angaben

der Vertreter von Justicia y Paz nicht ungeprüft übernehmen - auch wenn dieses Komitee mit Wissen der katholischen Bischöfe von Guatemala tätig ist.

Nicht zu bestreiten ist die Tatsache, daß in Guatemala ein regelrechtes Niedermetzeln der Bevölkerung im Gange ist. Ungeklärt ist aber, wer dahinter steht - die Guerrilla, die Armee des Landes oder beide.



(Anfried Baier)